

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 87. Ratssitzung vom 22. Januar 2020**

### **2128. 2018/300**

#### **Postulat von Walter Anken (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 22.08.2018: Detailliertere Auskünfte über die Klientinnen und Klienten der Schuldenberatung sowie Übernahme eines Teils der Kosten für die beanspruchte Dienstleistung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Walter Anken (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 271/2018): Das Ziel des Postulats ist, herauszufinden, wie wirkungsvoll die Schuldenberatung in der Stadt ist. Der Stadtrat soll prüfen, wie er detaillierte Auskünfte über die Klientinnen und Klienten der Schuldenberatung erhält. Diese Auskünfte sind nötig, damit wir die Wirksamkeit der Schuldenberatung nachweisen und ermitteln können. Zu den von uns gewünschten Auskünften gehören: Anzahl der Beratungsstunden, Höhe der geschuldeten Beträge, Aufschlüsselung nach Nationalitäten, Aufschlüsselung nach Altersgruppen, wiederkehrende Beratungen und die Anzahl erfolgreicher Beratungen. Wir haben in der Kommission versucht, diese Zahlen zu erhalten. Das hat nicht funktioniert. Deshalb versuchen wir es nun auf diesem Weg. Das Thema der Anzahl wiederkehrender Beratungen soll dabei hervorgehoben werden. Wir werden den Verdacht nicht los, dass sich einige Klientinnen und Klienten immer wieder bei der Schuldenberatung melden, weil diese selber auch die Gläubigerverhandlungen führt. Es könnte sein, dass Klientinnen und Klienten sich von der Gratisberatung erhoffen, dass sie dadurch ihre Schulden loswerden. Das Ziel der Schuldenberatung sollte aber sein, dass Klientinnen und Klienten lernen, mit einem Budget auszukommen und mit ihren verfügbaren Mitteln haushalten können. Damit die Schuldenberatung erkennt, ob eine Klientin oder ein Klient den ernsthaften Willen hat, aus dem Schlamassel herauszukommen, ist es sinnvoll, dass der Klient oder die Klientin einen Teil ihrer Beratungskosten selber übernimmt. Wir sind überzeugt, dass der Wille zentral ist, um ein falsches Verhalten ändern zu können. Die Schulden sind oft eine jahrelange Belastung, nicht nur für den Schuldner oder die Schuldnerin, sondern für ganze Familie. Die Aufschlüsselung nach Nationalitäten fordern wir, weil wir vermuten, dass bei bestimmten Personengruppen unter Umständen ein Problem besteht. Wenn wir jeweils nach einer Aufschlüsselung nach Nationalitäten fragen, ist von linker Seite sofort eine ablehnende Haltung vorhanden. Wenn aber bei gewissen Nationalitäten im Zusammenhang mit Geld tatsächlich ein Problem besteht, könnte man dies auch in die Integration einbeziehen und diesen Leuten dadurch weiterhelfen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Raphael Golta:** Es wird immer wieder die Frage nach der Wirksamkeit oder Evaluation von gewissen Leistungen gestellt. Ich habe ein gewisses Grundverständnis dafür,*

dass man gerne mehr Informationen hätte. Der Aufwand für die hier gewünschte Detaillierung wäre aber hoch und scheint mir unverhältnismässig. Wenn man sehr viele spezifische Informationen verlangt, die nichts mit der unmittelbaren Situation zu tun haben, oder in Richtung zusätzliche Datenerfassung gehen, gefährdet das die Niederschwelligkeit von Beratungsangeboten enorm. Die zweite Forderung des Postulats, dass man die beratenen Personen an den Kosten beteiligen soll, ist ebenfalls ein Hindernis für die Niederschwelligkeit. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass es sich um Personen handelt, die mit ihrer Geldsituation Probleme haben. Die Wahrscheinlichkeit ist relativ klein, dass man an die richtigen Leute gelangt, wenn man verlangt, dass sie noch eine zusätzliche finanzielle Last auf sich nehmen. Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Weitere Wortmeldungen:

**Nadia Huberson (SP):** Bereits als wir in der Sozialkommission die Weisung zu den Betriebsbeiträgen für die Schuldenberatung beraten haben, hat die SVP den Dispoantrag gestellt, eine Aufschlüsselung nach Nationalitäten und Altersgruppen und auch wiederkehrenden Beratungen zu machen. Angaben zu den Altersgruppen findet man im Jahresbericht. Der Antrag wurde damals abgelehnt. Jeder Klient, jede Klientin, der oder die sich bei der Schuldenberatung meldet, ist ein Einzelfall mit einem persönlichen Hintergrund, wie es zu den Schulden kam. Um aus der Schuldenfalle herauszukommen, braucht es je nach Person und Fall Zeit. Das kann auch Jahre dauern. Das ist leider der Fall in der heutigen Konsumgesellschaft. Es kann vorkommen, dass es wiederkehrende Beratungen braucht. Wir können uns aber nicht erklären, warum die SVP darauf besteht, eine Aufschlüsselung nach Nationalitäten zu erhalten. Man scheint aufzeigen zu wollen, dass Ausländer schlechtere Zahler wären als Schweizer. Diese Aufschlüsselung nützt weder Klientinnen und Klienten noch der Beratung. Deshalb lehnt die SP-Fraktion das Postulat ab.

**Marcel Müller (FDP):** Wir lehnen den Vorstoss ab. Wenn man eine Schuldenberatung in Anspruch nimmt, ist man in einer ausserordentlichen Situation. Lange nicht alle, die Schulden haben, nehmen auch eine Beratung in Anspruch. Aus unserer Sicht ist es nicht nötig, zu erfassen, wer wie viele Beratungen in Anspruch nimmt und dass sich die Leute nach Möglichkeit auch noch an den Kosten beteiligen müssen. Wenn jemand die Beratung in Anspruch nimmt, ist es gut, dass er es überhaupt tut. Er muss dann zuerst aus der Schuldenfalle herauskommen. Wenn er das geschafft hat, ist das gut. Dann sollte er nicht noch einen Beitrag an die Beratung leisten müssen.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Auch die Grünen lehnen das Postulat ab. Wir haben die Weisung zur Schuldenberatung erst vor kurzer Zeit beraten und dabei ausgesprochen viele Informationen erhalten. Es war offensichtlich, wie viel die Beratungsstelle der Stadt und den Klienten und Klientinnen nützt. Man muss aber vielleicht etwas unterscheiden, was bisher nicht klar wurde. Bei der Forderung des Postulats – Daten zu erheben – geht man davon aus, dass der grösste Teil der Leute die an die Beratungsstelle

gelangen, nicht eine Beratung in Anspruch nehmen, sondern sich eine Schuldensanierung machen lassen. Das ist etwas Anderes als das, was durch die Beratungsstelle mehrheitlich geleistet wird. Es gibt zwar auch Schuldensanierungen, diese müssen aber bezahlt werden. Das Postulat ist in dieser Hinsicht sozusagen bereits erfüllt, falls es überhaupt Leute sind, die zahlen können. Bei jenen, die nichts zahlen können, ist der Ansatz minimal. Der viel grössere Teil dessen, was bei der Beratungsstelle gemacht wird, besteht aus folgenden Bereichen: Man berät andere Beratungsstellen, andere Fachleute, weil der Teil der Schulden und deren Gesetze ein derart spezialisierter Teil ist. Damit alle genau wissen, wie zum Beispiel ein wirklich konformer Vertrag bei Leasinggeschäften und dergleichen aussehen muss. Bei solchen Verträgen wird man sehr oft über den Tisch gezogen. Oft geht es um solche Fragen. Oder wenn jemand selber verschuldet ist, zeigt man auf, wie der Weg wäre, um eine Schuldensanierung einzuleiten, um überhaupt wieder auf den Weg zu kommen, aus der Schuldenfalle herauszukommen. Die geforderte Erhebung von zusätzlichen Daten steht in keinem Verhältnis zu dem, was in jenem Bereich der Leistung überhaupt getan wird. Das Zusammentragen der Daten bedeutet einen enormen Aufwand und generiert Kosten, die darüber hinaus nicht zusätzlich abgegolten werden können. Es entspricht nicht dem, was die Fachstelle wirklich alles leistet. Von daher: Wir sehen nicht, was der Mehrwert sein soll, ausser dass eine Stigmatisierung von irgendwelchen Menschen vorgenommen wird.

**Ernst Danner (EVP):** Die EVP lehnt den Vorstoss ab. Sehr viele der geforderten Daten sind nicht nötig. Der Aufwand für die Erhebung ist sehr gross. Es wäre sinnvoller, die entsprechenden Beträge in mehr Mittel für eine Schuldenberatung zu stecken. Es ist relativ schwierig, überhaupt dort hinzukommen und aus meiner Erfahrung nicht besonders niederschwellig. Es wäre noch ein gewisser Handlungsbedarf vorhanden. Häufig wenden sich nur Fachleute an die Stelle, und nicht die Klienten selber. Sie wissen oft nicht, wie man vorgehen muss. Die Beratung kann sehr gut dabei helfen, Geld zu sparen. Oft verrechnen die Geldeintreibungsfirmen viel zu hohe Betreibungs-/Eintreibungskosten. Hier kann man dank der Schuldenberatung sehr viel Geld sparen. Wir haben nichts dagegen, wenn erhoben wird, wie viele Leute sich überhaupt melden und wie viel Erfolg erzielt wird. Mich hätte zudem noch die Kundenzufriedenheit interessiert. Das sind aber andere Fragen. Wir lehnen den Vorstoss ab. Aus unserer Sicht bringt er nichts.

**Markus Baumann (GLP):** Auch für die GLP stellt der Vorstoss keinen Mehrwert dar. Wir sehen nicht ein, warum die Kriterien zielführend sein sollen für eine nachhaltige Beratung und ein schuldenfreies Leben. Persönlich wäre es mir lieber, wenn wir die entsprechenden Gelder in nachhaltige Projekte investieren würden. Sehr oft haben wir die Problematik, dass man entschuldet ist, und die Beratung oder Begleitung danach endet. Ich fände es sinnvoll, wenn man diesen Prozess auch darüber hinaus länger durch eine Fachstelle begleiten könnte. Diesen Punkt haben wir bereits in der Kommission diskutiert. Von unserer Seite her geht die Stossrichtung in die nachhaltige Begleitung und Aufklärung, vor allem, wenn es um Vertragsabschlüsse geht. Besonders im Zeitalter der Digitalisierung – in dem man sehr schnell etwas abgeschlossen hat – sehen wir mehr Handlungsbedarf als in der Erhebung von Nationalitäten oder anderen Kriterien. Aus diesen Gründen lehnt die GLP das Postulat ab.

4 / 4

**Stefan Urech (SVP):** Die GLP sprach nun von nachhaltigem Schuldenabbau und linke Politiker sagten, Schulden würde man nur dann aufnehmen, wenn man in einer miserablen Situation sei, sicher nicht freiwillig. Genau diese Politiker häufen jeweils im Gemeinderat immer wieder neue Schulden an in einer Situation, die sie als überhaupt nicht miserabel bezeichnen. Sie überweisen immer mehr Aufträge an die Stadtregierung und es werden immer wieder neue Schuldenpakete aufgenommen. Für mich hört sich das alles etwas heuchlerisch an.

**Walter Anken (SVP):** Den Vorwurf der Stigmatisierung möchte ich klar von mir weisen. Darum geht es nicht. Es sollte aber klar sein, dass bei einem Beratungsgespräch ohnehin bereits gewisse Personalien aufgenommen werden. Wenn jemand eine Schuldenberatung besucht, beraten wird, und wieder geht, weiss die Person, die ihn beraten hat, wen sie vor sich hatte. Wir möchten wissen, wie viele Leute beraten wurden. Diese Zahl ist sicher vorhanden. Auch die Höhe der geschuldeten Beträge wird bekannt sein. Das gehört bei einer Beratung dazu. Zum Thema Nationalitäten: Vielleicht werden wir auch sehen, dass es gar nicht so ist, wie man vermutet. Aber auch Altersgruppen können ein Thema sein. Viele Jugendliche haben zum Beispiel Schulden im Zusammenhang mit Abos, die sie lösen. Es wäre interessant, hier mehr zu wissen. Ich möchte wissen, wie viele Beratungen erfolgreich waren. Wenn 80 % der Beratungen erfolgreich waren und 80 % der Leute nicht ein zweites Mal kamen, ist das ein grosser Erfolg und wir sind alle zufrieden. Ich frage mich, warum man sich so dagegen wehrt, dass diese Zahlen erhoben werden. Sie sind bereits vorhanden. Man muss sie nur liefern. Die Schuldenberatung führt bestimmte Tabellen. Man will sie offenbar nicht herausgeben. Zum Thema Schuldensanierung: Das ist einfach ein falsches Verhalten. Es ist schön, wenn die Schuldenberatung das tut. Aber uns geht es um etwas anderes. Uns geht es darum, die Leute zu einer Beratungsstelle zu bringen, wo sie lernen, mit einem Budget von beispielsweise 2000 Franken pro Monat umzugehen und damit zu leben. Wenn man es in der Kindheit nicht gelernt hat und als Erwachsener nicht lernt, muss man es irgendwann lernen.

Das Postulat wird mit 16 gegen 100 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat